

Harte Debatte um Pendlerabzug

Für die Bürgerlichen kommt ein Betrag unter 6000 Franken nicht infrage

Von Thomas Gubler

Liestal. Einmal mehr stand gestern im Landrat die Finanzpolitik wieder auf der Traktandenliste. Mit einer Revision des Steuergesetzes wollte der Regierungsrat den Pendlerabzug in der Steuererklärung von heute unbegrenzt auf 3000 Franken wie bei der direkten Bundessteuer beschränken. Und beim Abzug der Kranken- und Unfallkosten wollte er einen Selbstbehalt von fünf Prozent einführen. Zehn beziehungsweise 15 Millionen Franken an zusätzlichen Einnahmen hätten die beiden Massnahmen der Staatskasse bescherten sollen. Allein, der Selbstbehalt blieb schon in der Kommission auf der Strecke und kam im Plenum kaum mehr zur Sprache, weil das Volk diesen schon einmal verworfen hatte. Und beim Pendlerabzug sieht es nach der ersten Lesung schlecht für den Regierungsrat aus.

Der Pendlerabzug sorgte dann streckenweise wieder für eine steuerpolitische Grundsatzdebatte. Denn die Bürgerlichen sahen in der Plafonierung eine Steuererhöhung, mit der sie ganz grundsätzlich Mühe bekunden. Die Finanzkommission war bereits vom 3000-Franken-Abzug des Regierungsrats abgewichen und hatte dem Landrat einen Höchstabzug von 6000 Franken beantragt – den Preis für ein SBB-Generalabonnement (GA) für die 1. Klasse.



Landrat

Berichterstattung aus dem Basellbieter Parlament

Christof Hiltmann (FDP) sprach von einer «Kröte», die es zu schlucken, und von einem «Spagat», den es zu vollziehen gelte. Immerhin bezeichnete Saskia Schenker (FDP) die 6000 Franken als

«guten, mittelstandsgerechten Kompromiss». Und auch wenn Hanspeter Weibel (SVP) von einem «schlechten Kompromiss» sprach, so entstand gleichwohl der Eindruck, dass eine Mehrheit von FDP und SVP bei dieser Grenze einlenken könnte.

Erste oder zweite Klasse

Sozialdemokraten, Grünen und Grünliberalen der Kommissionsvorschlag dagegen entschieden zu weit. Daniel Altermatt (GLP) beantragte, zu den regierungsrätlichen 3000 Franken zurückzukehren, und die Grünen wollten die Obergrenze bei 3600 Franken setzen, dem Preis für ein SBB-Generalabonnement zweiter Klasse.

In einer ersten Ausmarchung obsiegte der Antrag der Grünen gegen denjenigen von Daniel Altermatt – mit 37 zu 23 Stimmen für das GA 2. Klasse. In der Abstimmung über die beiden Generalabonne-

mente sprach sich dann der Landrat äusserst knapp mit 42 zu 40 Stimmen für 6000 Franken und damit das GA 1. Klasse aus. Dies würde zu Mehreinnahmen von fünf statt zehn Millionen Franken führen.

Entschieden ist nach der ersten Lesung der Steuergesetzrevision angesichts der knappen Ergebnisse aber noch nichts. Allein schon der Umstand, dass der Landrat in einer Woche andere Abwesenheiten als gestern aufweisen wird, könnte sich als relevant erweisen. Zudem hat Hanspeter Weibel noch mit einem Antrag auf 10000 Franken gedroht. Nicht auszuschliessen ist auch, dass die Revision im Landrat die Vierfünftelmehr-Hürde nicht schafft und vors Volk kommt – mit ungewissem Schicksal. Oder dass das Gesetz durch eine unheilige Allianz von Linken, denen die abziehbare Summe zu hoch ist, und Gegnern jeder Form von Steuererhöhung in der Schlussabstimmung schon Schiffbruch erleidet.

Proporz in der Geschäftsleitung

Der Landrat beschäftigt sich mitunter auch nur mit sich selbst

Von Thomas Gubler

Liestal. Die Geschäftsleitung des Landrats widerspiegelt die wahren politischen Stärkeverhältnisse zu wenig. Dieser Meinung ist zumindest die SVP, die sich in diesem Gremium, bestehend aus dem Landratspräsidenten, den beiden Vize und den Fraktionspräsidenten, massiv untervertreten fühlt. Per parlamentarische Initiative wollte sie daher schleunigst etwas daran ändern. Und zwar sollten die Fraktionspräsidenten in der Geschäftsleitung nicht mehr einfach eine Stimme haben, sondern unter Umständen mehrere – je nach der Stärke der Fraktion, der sie vorstehen.

Nun hat es der Landrat gestern aber auf Antrag seiner Justiz- und Sicherheitskommission (JSK) nach epischer Diskussion abgelehnt, das Landratsgesetz schon wieder zu revidieren, nachdem dieses erst 2014 in einer Volksabstimmung angenommen worden war.

Stattdessen sollte das Anliegen vorerst mal für zwei Jahre schubladisiert beziehungsweise sistiert werden, um zu sehen, wie sich die Sache bis dann entwickelt; denn bis anhin, so sah es Pascal Ryf (CVP), habe es in der Geschäftsleitung kaum Meinungsverschiedenheiten gegeben oder höchstens etwa über die Dauer der Mittagspause.

«Wir haben damals gesetzgeberisch einen Bock geschossen», meinte FDP-Fraktionschef Rolf Richterich, der sich für eine Korrektur starkmachte, die man so ausgestalten könnte, dass nicht wieder das Volk an die Urne bemüht werden müsste. Eine Idee, die Hanspeter Weibel dann auch in einen Antrag goss. Mit 43 gegen 37 Stimmen sprach sich der Rat schliesslich aber für eine Sistierung aus. Übrigens, der «Bock» besteht derzeit aus folgender parteipolitischer Zusammensetzung der Geschäftsleitung: 2 Grüne, 2 SP, 1 EVP, 1 FDP, 1 SVP, 1 CVP und 1 GLP.

Neues Finanzierungsmodell nötig

Der Landrat genehmigt den Geschäftsbericht der Pensionskasse

Von Thomas Dähler

Liestal. Mit 81 zu einer Stimme hat der Landrat gestern in Liestal den Geschäftsbericht der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) genehmigt. Die eine Gegenstimme stammt von Hanspeter Weibel (SVP), der damit ein Zeichen des Protestes gegen die trotz der schlechten Performance bisher ausgebliebenen Massnahmen setzte. Der Umstand, dass im vergangenen Jahr 41 Millionen Franken aus der Arbeitgeberbeitragsreserve in die Pensionskasse fliessen mussten, löste im Landrat eine Reihe von kritischen Voten aus.

Die Jahresperformance der BLPK liege zwar mit einem Prozent sogar über dem schweizerischen Durchschnitt. Doch weitergehen könne es so nicht, meinte Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP). In Zukunft werde es sogar noch schwieriger, sagte Michael Herrmann (FDP) voraus. FDP und SVP ver-

wiesen dabei auf ihren Vorstoss, mit dem sie höhere Abzüge für die Versicherten fordern. Dieser war jedoch gestern nicht Gegenstand der Debatte.

Dennoch war sich der Rat einig, dass auf die Dauer etwas gegen die schlechte Performance in Anbetracht der niedrigen Zinsen getan werden müsse. «Wir brauchen ein neues Finanzierungsmodell», meinte auch Mirjam Würth (SP). Klaus Kirchmayr (Grüne) warnte davor, jetzt gleich «hyperventilieren» zu wollen. Es sei am Verwaltungsrat der BLPK, Vorschläge zu unterbreiten. Kirchmayr kritisierte die einschränkenden konservativen Anlageregeln, die der Bund vorgebe, und bedauerte die Untätigkeit der Finanzdirektorenkonferenz.

Finanzdirektor Anton Lauber verwies auf die Eigentümerstrategie des Kantons. An die Adresse des Parlaments sagte er: «Es ist in Ihrer Kompetenz, Massnahmen zu prüfen.»

Nachrichten

Treffen mit Regierungen zum Thema Fluglärm

Allschwil. Die drei Anrainerverbände des EuroAirports – das Forum Allschwil, der Gemeindeverband Flugverkehr und der Schutzverband – trafen sich mit Regierungsvertretern beider Basel zum Gespräch und erörterten die aktuellen Themen. Die drei Verbände äusserten sich namentlich zu ihren Hauptforderungen: Eine Nachtflugsperrung von 23 bis 6 Uhr wie in Zürich, eine Plafonierung der Flugbewegungen bei 100000 pro Jahr (letztes Jahr waren es deren 94000) und Ersatz der lärmigen Südstartkurven durch umweltfreundlichere Verfahren. Das Treffen mit den Regierungen sei genutzt worden, um auf die markante Zunahme des Fluglärms im Süden des Flughafens sowie die volkswirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden, die vom Fluglärm verursacht werden, aufmerksam zu machen. Schon das Zustandekommen eines solchen Treffens bewerten die drei Verbände als Erfolg.

In grossem Stil Dieselöl geschmuggelt

Liestal/Basel. Die Zollfahndung Basel hat im Rahmen einer Strafuntersuchung festgestellt, dass rund 275000 Liter Dieselöl geschmuggelt wurden. Darum wurde gegen einen Transportunternehmer aus dem Mittelland Anklage erhoben. Er soll knapp 250000 Franken an Einkommenssteuern hinterzogen haben; diese muss er nun nachbezahlen. Zudem muss er mit einer empfindlichen Busse rechnen. Der Transportunternehmer hatte über 300 Leerfahrten nach Deutschland durchgeführt, um die Tanks seiner LKWs mit günstigem Diesel zu füllen.

Strasse in Langenbruck komplett gesperrt

Langenbruck. An der Schöntalstasse in Langenbruck wird von Donnerstag, 29. September, 4 Uhr, bis Freitag, 30. September, 4 Uhr, der Deckbelag eingebaut. Darum ist die Strasse für den Verkehr komplett gesperrt. Es gibt keine Umleitung.

Nachrichten

Landrat revidiert das Haftungsgesetz

Liestal. Mit 80 zu null Stimmen hat der Landrat gestern das Gesetz über die Haftung des Kantons und der Gemeinden revidiert. Die Änderung war nötig geworden, weil der Bund für Fälle der medizinischen Staatshaftung einen doppelten Instanzenzug verlangt. Bisher beurteilte das Kantonsgericht solche Fälle aber als erste und einzige Instanz. Neu werden Forderungen geschädigter Personen erstinstanzlich mit einer Verfügung der zuständigen Stelle, des Kantonsspitals oder der Psychiatrie, erstinstanzlich entschieden. Gegen die Verfügung kann dann Beschwerde am Kantonsgericht geführt werden.

Bildungspolitische Vorstösse verschoben

Liestal. Wegen der Erkrankung von Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP) mussten gestern im Landrat sämtliche bildungspolitischen Geschäfte um eine Woche auf die Sitzung vom kommenden Donnerstag verschoben werden. Das betraf unter anderem auch die vier parlamentarischen Vorstösse zur Therwiler Handschlag-Affäre. Zwei dieser Vorstösse stammen von der SVP-Fraktion, je einer aus der CVP- und der FDP-Fraktion.

Glückwunsch

Diamantene Hochzeit

Liestal. Das Ehepaar **Horvath-Polgar** darf heute seinen 60. Hochzeitstag feiern. Zu diesem Fest gratuliert die BaZ ganz herzlich und wünscht den Jubilaren alles Gute für das neue gemeinsame Ehejahr. gratulationen@baz.ch

Ungute Erinnerungen an die Hausexplosion

In einem Prattler Hochhaus brannte es innert zwei Wochen dreimal – jetzt wird es rund um die Uhr bewacht

Von Christian Horisberger

Pratteln. Es ist ein wunderschöner, ruhiger Herbsttag im Prattler Längi-Quartier. Auf dem Trottoir der Quartierstrasse, wo vor vier Jahren eine Gasexplosion ein Haus zur Hälfte zerstörte, bringt ein junger Vater einem Dreikesehoch das Velofahren bei. Vom Pausenplatz des Längi-Kindergartens ist Kinderstimmengewirr zu vernehmen. Vor der Spar-Filiale stehen vier Männer zwischen 40 und 70 beisammen und genehmigen sich ein Bier, hin und wieder blickt einer von ihnen hinüber zum nahen 15-stöckigen Wohnblock, der gegenwärtig in aller Munde ist.

Innerhalb von 13 Tagen hat es in dem Hochhaus dreimal gebrannt. Zuletzt am Dienstagmorgen. Im Treppenhaus stand ein Schuhschrank in Flammen. Am 7. und am 14. September brannte es in den Abendstunden in zwei unterschiedlichen Kellerabteilen des Gebäudes. Zweimal evakuierte die Feuerwehr bei ihrem Löscheinsatz das ganze Haus – rund 200 Personen wurden aus ihren Wohnungen geholt.

Unsicherheit und Angst

Nach dem dritten Brand hat die Hausverwaltung, die Euro Estates mit Sitz in Zürich, einen Sicherheitsdienst engagiert, der den Hauseingang sowie die Zufahrt zur Tiefgarage rund um die Uhr bewacht. Wer ins Haus rein will, muss sich ausweisen können, sofern ihn die Sicherheitskräfte nicht schon kennen. Besucherinnen und Besucher müssen von den Hausbewohnern am Eingang abgeholt werden.

Die Mieter im Haus seien trotz den Umständen dankbar für die Eingangskontrolle, erklärt Adolfo Chiovarelli, Geschäftsführer der 1st Choice Security, der gestern Morgen Dienst tat. Viele Mieter hätten Angst vor einem weiteren



15 Stockwerke. Der Wohnblock in der Längi wurde bei den beiden ersten Bränden evakuiert. Foto Christian Horisberger

Feuer, sagt er. Einige so grosse, dass sie sich nicht mehr ins Haus trauen und auswärts schlafen würden und ausziehen wollen, ergänzt Philippe Schuler vom Quartierverein Längi. Er selber wohne nicht in dem Hochhaus, habe aber mit mehreren Hausbewohnern gesprochen. Zu den Kündigungen äussert sich die Hausverwaltung nicht. Samuel Bollag von Euro Estates bestätigt aufgrund zahlreicher Kontakte mit Mietern aber, dass unter ihnen «Unsicherheit und Angst» herrsche.

Verunsichert sind gemäss Schuler nicht nur die Bewohner des betroffenen Hochhauses. Unter dem Eindruck der gewaltigen Gasexplosion von 2012 seien die Quartierbewohner sehr sensibel auf Gas. «Man hat ja gesehen, was passieren kann: Damals sind noch im zwölften Stock eines benachbarten Hauses Fenster geplatzt. Und das

damals zerstörte Haus war nur vier Stockwerke hoch.»

Der Prattler Gemeindepräsident Stephan Burgunder relativiert. Auch er erinnere sich an die Folgen der Explosion von 2012, «doch man sollte nichts vermischen». Um eine Gasexplosion herbeizuführen, müssten bewusste Manipulationen vorgenommen werden, sagt er. Im Übrigen hätten die IWB nach dem ersten Brand die Gasverteilung im Gebäude im Rahmen der ordentlichen Kontrolle überprüft und als voll funktionsfähig beurteilt.

Das kann kein Zufall sein

Unter den verängstigten Mietern des betroffenen Wohnblocks und auch im Quartier zweifelt kaum jemand daran, dass ein Brandstifter sein Unwesen treibt. Auch für Stephan Burgunder ist klar: Drei Brände in ein und demsel-

ben Haus innerhalb so kurzer Zeit können kein Zufall sein. Die Polizei übt diesbezüglich grösstmögliche Zurückhaltung: Man ermittle mit einer Sonderkommission in alle Richtungen, heisst es auf Anfrage; Brandstiftung könne «nicht ausgeschlossen» werden. Auswertbare Spuren oder Hinweise lägen noch keine vor. Dies lässt in der Längi die Mutmassungen ins Kraut schiessen. So ist beispielsweise von Versicherungsbetrug die Rede. Für einen der Männer vor dem Lebensmittelladen dagegen liegt auf der Hand, dass es sich beim Brandstifter um einen Hausbewohner handeln muss, wohl mit einem psychischen Problem.

Der Sachschaden wird von der Polizei auf weit über 100000 Franken geschätzt. Die Verwaltung setze alles daran, alle Schäden raschmöglichst zu beseitigen, heisst es dort. Und in Notsituationen hilft die Gemeinde. Eine Frau mit vier Kindern habe beim Feuer alle Winterkleider verloren, die sie dort gelagert hatte, sagt der Gemeindepräsident – und keinen Versicherungsschutz. Hier wäre die Gemeinde zur Stelle und würde via Sozialdienst weiterhelfen.

Serie bereits 2013

Der Fall in der Längi hat grosse Ähnlichkeit mit einer Brandserie im Herbst 2013. In einem Mehrfamilienhaus am Neusatweg und in der zugehörigen Einstellhalle brannte es innert einer Woche dreimal. Zweimal brannte es in einem Kellerabteil, das dritte Mal in der Einstellhalle. Die Polizei ging damals von Brandstiftung aus und setzte eine Belohnung von 5000 Franken aus.

Gemäss Polizeisprecher Roland Walter konnten jene Fälle noch nicht aufgeklärt werden. In der aktuellen Ermittlung werde auch in Erwägung gezogen, ob diese Delikte mit früheren Delikten in Beziehung stehen könnten.